

Schwierige Jahre unter der Diktatur

Argentiniens Kirche auf dem Weg zum Volk?

„Die Wahlen, durch die wir Argentinier zur politischen und staatlichen Normalität zurückgefunden haben, sind ein Ereignis, das uns als Volk tief ehrt.“ Mit dieser patriotischen Äußerung beginnt die Erklärung der Argentinischen Bischofskonferenz vom 12. November 1983 „Argentinien vor einer neuen Etappe“, die zum Abschluß der jüngsten Vollversammlung veröffentlicht wurde.

Das Wahlergebnis vom 30. Oktober, das den Peronisten die erste Wahniederlage in dreißig Jahren und der Radikalen Partei des jetzigen Präsidenten *Raul Alfonsín* mit 52 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit bescherte, markiert das Ende einer mehr als *siebenjährigen Militärdiktatur* (vgl. HK September 1981, S. 472–475). In den ersten Jahren ihrer Herrschaft, zwischen 1976 und 1979, führten die Militärs den „schmutzigen Krieg“ gegen die gewalttätig operierenden Guerilla-Gruppen „ERP“ und „Montoneros“. Mit deren Vernichtung verloren auch Unschuldige ihr Leben – wie viele insgesamt Opfer des „Vergeltungsschlages gegen den Terrorismus“ wurden, ist auch heute nicht annähernd bekannt. In den folgenden Jahren wirtschafteten die Generäle das *traditionell wohlhabendste Land Lateinamerikas* so weit herunter, daß die breite Mittelschicht (etwa 50 Prozent der Bevölkerung) zusehends verarmte und – seit Beginn der achtziger Jahre – Hunger im Volk herrscht. Mit dem Abenteuer des Falkland-Krieges verloren die Militärs sogar in den eigenen Reihen an Rückhalt. Der verlorene Krieg wurde zu einer innenpolitischen Ventilfunktion für die Opposition: Opposition wurde laut und der Machtverlust damit offenkundig.

Kirchliches Leben im Schatten der Diktatur

Das Leben der Kirche in den Jahren der Diktatur, ihre gesellschaftliche Präsenz wie ihre eigene innere Entwicklung, vollzog sich im Schatten eines repressiven politischen Systems, dessen Führer sich fast alle öffentlich zu Christentum und Kirche bekannten und dies bei feierlichen Gelegenheiten auch demonstrierten. Unbehindert und im Licht der Öffentlichkeit agierte die Kirche in dieser Zeit nur bei ebensolchen Anlässen, die in Argentinien traditionell immer auch *patriotisches Flair* haben, etwa den Wallfahrten zur Muttergottes von Luján oder beim großen Marianischen Kongreß von Mendoza 1980.

Bis in die letzte Phase der Diktatur bot die argentinische kirchliche *Hierarchie* das Bild einer sakramentalistischen, für soziale Fragen wenig sensiblen Institution. Wie in vielen Ländern in und außerhalb Lateinamerikas zählte auch die katholische Kirche Argentiniens über lange historische Strecken zu den Stützen der weltlichen Macht. Die argentinische Kirche lebte bis in die Konzilszeiten hinein in der Tradition des Staatskirchentums, das seit der

Unabhängigkeit Argentiniens im Jahre 1816 zahlreiche Varianten entwickelte (zu Beginn des 19. Jahrhunderts erlebte sie eine Phase innerer Schwäche und war vom Staat völlig kontrolliert und beherrscht) und erst 1966 mit der *Abschaffung des staatlichen Patronatsrechts* bei der Besetzung der Bistümer ein wenigstens formales Ende nahm. In der Mehrheit des Episkopats wirkte der argentinische Staatsgedanke, nach dem Religion und Vaterland aus demselben Prinzip hervorgegangen sind und die gleichen Interessen und Ziele haben, jedoch noch fort. Als allerdings Präsident *Onganía* (1966–1970) am 30. November 1969 die argentinische Nation dem Unbefleckten Herzen Mariens weihte, fand dies nicht mehr den ungeteilten Beifall der Bischöfe.

In diese Zeit fällt der *Aufbruch sozialen und politischen Bewusstseins* im jüngeren Klerus, der zu einer innerkirchlichen Zerreißprobe geführt hätte, wenn nicht die politischen Ereignisse auch diesem innerkirchlichen Prozeß ein gewaltsames Ende gesetzt hätte. Ende 1967 formierte sich die „Bewegung der Priester für die Dritte Welt“ (*Tercermundistas*). Sie vertrat die Auffassung, die Kirche müsse sich getreu dem Konzil und ihrem prophetischen historischen Auftrag auch politisch engagieren und Solidarität mit den Gemeinden üben, das heißt in Arbeitskonflikten, gewaltsamen Auseinandersetzungen und Fällen staatlicher Repression Partei für den Schwächeren ergreifen. Ideologisch standen sie einem national geprägten Sozialismus nahe, ohne jedoch eine parteipolitische Anlehnung zu suchen. Zeitweilig gehörte fast die gesamte junge Priesterschaft des Landes, rund 20 Prozent des Klerus, der Bewegung an. Ihr bekanntestes Mitglied, *Carlos Múgica*, wurde Mitte der siebziger Jahre ermordet.

Der jahrelange Krieg gegen die argentinische Linke und was die Armee dafür hielt vernichtete die Guerilla völlig, und unter der totalen Kontrolle militärischer Sicherheitsorgane und der Willkür paramilitärischer Kommandos löste sich auch die Priesterbewegung auf, bevor es zur eigentlichen innerkirchlichen Konfrontation mit dem Episkopat kommen konnte.

Ein äußerst zögernder Episkopat

Die argentinischen Bischöfe, die seit dem Konzil in dem Ruf stehen, zu den konservativsten Lateinamerikas zu gehören, öffneten sich langsamer und ängstlicher als andere lateinamerikanische Ortskirchen dem neuen Verständnis von Kirche und kirchlichem Auftrag, wie es die lateinamerikanischen Bischofsversammlungen von Medellín (1968) und Puebla (1979) formulierten. Die Lehre von der ganzheitlichen Befreiung des Menschen (Medellín) und der „vorrangigen Entscheidung für die Armen“ (Puebla) wurde vom argentinischen Episkopat in mehreren Dokumenten, wenn auch zögernd, rezipiert. Das hieß oft nicht

mehr, als daß dieses *neue Kirchenverständnis* in der argentinischen Ortskirche zugelassen wurde. Zudem ließen die argentinischen Bischöfe immer wieder spüren, daß ihnen an der intensiven Zusammenarbeit mit anderen lateinamerikanischen Ortskirchen nicht sonderlich gelegen war. Möglicherweise wirkt der nationale Überlegenheitskomplex der Argentinier (die Europäer Lateinamerikas zu sein) auch in die kirchliche Hierarchie hinein, der lange Zeit anzumerken war, daß sie sich nicht gerne mit dem Volk gemein machte.

Die brutale politische Wirklichkeit der siebziger Jahre ließ die Bischöfe dann doch zu vorsichtigen Kritikern des Regimes werden. Unter dem Eindruck eskalierender Gewalt verfaßten sie öffentliche Erklärungen und Hirtenbriefe, in denen sie die *Gewaltanwendung* – gleich von welcher Seite – als unchristlich verurteilten. 1974 richteten sie eine „Botschaft an das argentinische Volk“, die sich in allgemeiner Form gegen jede Gewaltanwendung aussprach. In der schlimmsten Phase des Bürgerkriegs intervenierten die Bischöfe bei der Regierung, vermieden jedoch öffentliche Stellungnahmen.

Erst im Mai 1976 nach dem erzwungenen Rücktritt *Isabel Peróns* ließ die Bischofskonferenz eine Adresse an die neue Regierung *Videla* veröffentlichen, in der es hieß: „Es wäre ein Irrtum, wenn man zur Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung zu Massenverhaftungen schritte und die Gefangenen über lange Zeit an geheimen Orten festhielte. Auf diese Weise respektiert man die Garantien der Verfassung nicht. Es wäre ein Irrtum, wenn man die großherzigen Bemühungen – oft christlicher Inspiration –, die Gerechtigkeit, die Enterbten und die, deren Stimme niemand hört, zu verteidigen, mit dem Marxismus und der Guerilla verwechselt.“

In demselben Jahr wurde die Kirche selbst Opfer des „schmutzigen Krieges“: Bischof *Enrique Angelelli* kam im August bei einem mysteriösen Autounfall ums Leben. Sieben Priester und zwei Seminaristen wurden von Rechtsextremisten ermordet, 32 verhaftet, fünf deportiert. Im Oktober forderte der Episkopat Aufklärung über das Schicksal von Ermordeten, Verhafteten und Verschleppten. Papst Paul VI. richtete an den argentinischen Botschafter beim Vatikan die Bitte, die argentinische Regierung möge die Priestermorde „in angemessener Weise“ aufklären.

Mehr patriotische Betroffenheit als friedliche Gesinnung

Eine scharfe Verurteilung der staatlichen Repression enthielt eine Denkschrift vom Mai 1977, in der sich die Bischöfe gegen die *Ideologie der nationalen Sicherheit* aussprachen. Sie habe dazu geführt, „daß elementare Rechte des Menschen ... verletzt werden, der Mord des Feindes erlaubt sowie die moralische oder physische Folter gerechtfertigt und die Freiheitsberaubung oder Eliminierung aller möglichen Feinde der Sicherheit zugelassen wird“ (vgl. HK Dezember 1977, S. 629–634). So unmiß-

verständlich einzelne Passagen bischöflicher Dokumente aus jenen Jahren auch formuliert waren, so wenig bewirkten sie in der Öffentlichkeit und bei den verantwortlichen staatlichen Stellen. Verbale Kritik prallte an dem repressiven Staatsapparat ab, dessen ausführende Organe unvergleichlich willkürlicher und brutaler vorgehen als die chilenischen Militärs (von deren Übergriffen in Europa bis heute unverhältnismäßig ausführlich berichtet wird). Das öffentliche Klima in Argentinien war Ende der siebziger Jahre von der Furcht vor staatlicher Willkür geprägt, in der solidarisches Denken und Handeln im Volk kaum gedieh. Als eine Gruppe Mütter von Verschwundenen längst einmal wöchentlich auf der Plaza de Mayo von Buenos Aires demonstrierte, war die bloße Erwähnung der „desaparecidos“ in den Medien unmöglich, auch in der Bevölkerung vermied man das Thema. Wort und Tat, Verkündigung und Aktion, lassen gerade in der Frage der Verschwundenen die Verdienste, aber auch die *Grenzen der katholischen Hierarchie* des Landes erkennen. Mehrfach äußerten sich die Bischöfe zu dem heiklen politischen Thema, indem sie auf die „angstvolle Situation der Angehörigen“ von Verschwundenen und auf die ohne Prozeß Inhaftierten aufmerksam machten. Wie in dem grundlegenden Dokument „Kirche und nationale Gemeinschaft“ vom Mai 1981 versäumen es die Bischöfe aber auch nicht, an den „Schmerz der Opfer des Terrorismus und der Subversion“ zu erinnern.

Keine wirkliche Kritik an den Militärs

Das *auffallende Bemühen um Ausgewogenheit* führte dazu, daß in fast allen bischöflichen Dokumenten auch andere der Kirche wichtig erscheinende Themen Erwähnung finden: die Erteilung des Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen, die wirtschaftliche Lage, der allgemeine Sittenverfall etc. Die politisch brisanten Aussagen unter andere, weniger heikle gemischt, wurden vom Regime offiziell ignoriert. Obwohl die Wirkung der kirchlichen Stellungnahmen zu den Menschenrechtsverletzungen des argentinischen Regimes nicht meßbar ist, kann man wohl davon ausgehen, daß die kirchlichen Appelle und allgemeinen Denunzierungen nicht viel verhindert oder bewirkt haben. Positiv hat sich für das Regime die Tatsache ausgewirkt, daß der Episkopat sich niemals zur Zahl der Verschwundenen geäußert hat. Bei den *Menschenrechtsorganisationen* sind bis heute mehr als 7000 Namen registriert. Eine entsprechende Liste übergab der brasilianische Kardinal *Paulo Evaristo Arns* im Januar 1983 „stellvertretend“ dem Papst. Diese Organisationen gehen aber von insgesamt 15000 bis 30000 Verschleppten aus, Zahlen, die die Regierung nicht dementiert hat. Bischof *Jorge Novak* von Quilmes, einer der beiden Bischöfe, die sich seit Jahren tatkräftig für die Verschwundenen und ihre Familien einsetzten, meint, in einer Angelegenheit, in der so viel gelogen worden sei, solle man alle verfügbaren Angaben vermerken; so habe ein Ministerialbeamter gegenüber einem ihm bekannten Anwalt geäußert, man habe 28000 „solcher Fälle“ registriert.

Nach dem Desaster des Falkland-Krieges, in dem die Bischöfe insgesamt mehr patriotische Betroffenheit als friedliche Gesinnung erkennen ließen (vgl. HK, Juni 1982, S. 267–269) begann der Episkopat, die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Militärregime zu artikulieren, indem er sich wiederholt und entschieden für die Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen aussprach. Das war richtig und zeitgemäß, aber auch weniger heikel als die *Kritik an den herrschenden Zuständen*. Bis heute aber haben die argentinischen Bischöfe sich mit lehrhaften Aussagen begnügt und darauf verzichtet, diese einer Analyse der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit gegenüberzustellen, wie es zum Beispiel das Dokument von Puebla und die chilenische oder gerade auch die brasilianische Bischofskonferenz wiederholt getan haben.

In der ausführlichen Erklärung der Ständigen Kommission der Bischofskonferenz vom 11. August 1982 „Weg zur Versöhnung“ wird noch ausdrücklich, wenn auch in zurückhaltender Form, auf die Verschwundenen hingewiesen: „Es wird ein wertvoller Beitrag für die Wiedererlangung des demokratischen Lebens sein, Schritte zu unternehmen, um das schwere Problem der verschwundenen Staatsbürger, der Gefangenen ohne Gerichtsverhandlung, derer, die ihre Strafe bereits hinter sich haben und noch im Kerker festgehalten werden, zu lösen, sei es durch Information, sei es durch Freigabe, um dadurch die Angst der Familien und der Gesellschaft zu lindern.“

Weitere Kritik an der Diktatur enthielt das Dokument nicht, hingegen hieß es im Hinblick auf den künftigen „nationalen Wiederaufbau“: „Erneut und mit aller Kraft verwerfen und verurteilen wir, die argentinischen Bischöfe, jegliche Guerilla-Aktion ...“ Das amtliche Schlußdokument über den „Antisubversionskampf“ vom April 1983, in dem das Regime empfiehlt, alle Vermißten, soweit sie nicht im Exil lebten, als tot zu betrachten, bezeichnen die Bischöfe als „unzulänglich“. Sie bedauern, „daß das Dokument keine Stellungnahme zur Suche nach Lösungen enthält, die die Rechte der verschwundenen Kinder berücksichtigt, von denen wir annehmen wollen, daß sie am Leben sind und zur Adoption freigegeben wurden“.

In der bereits erwähnten jüngsten Erklärung der Bischofskonferenz über die Rückkehr zur Demokratie fordern die Bischöfe zunächst, das Leben vom Zeitpunkt der Entführung an zu schützen. Der Staat soll das Elternrecht auf Erziehung garantieren und die Gesellschaft Solidarität mit den Armen üben. Zur politischen Vergangenheit, den sieben Jahren der Diktatur, heißt es lediglich: „Wir schwachen und sündigen Menschen ... müssen lernen zu verzeihen und die Bereitschaft zeigen, uns zu bessern, damit wir jeden Tag in der Gerechtigkeit und Liebe wachsen ... Solidarität muß die Sünde der Gleichgültigkeit und des Egoismus ablösen.“ Kritiker sehen in dieser geschichtslosen Erklärung eine Annäherung an die Thesen der Militärs, ein „Gesetz des Vergessens“ sei Voraussetzung für die Einheit der Nation.

Bischof Novak hält es vor allem im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit der Kirche für verhängnisvoll, das Thema der verschleppten Opfer der Terrorbekämpfung ungeklärt und unverarbeitet lassen zu wollen. Das Leben und Wirken der Kirche unter neuen, freiheitlich-demokratischen Verhältnissen, stelle *neue und hohe Anforderungen an die kirchliche Pastoral*. Dazu, meint er, gehöre auch, daß die Kirche als eine bedeutende gesellschaftliche Kraft die jüngste Geschichte annehme, sie durchleuchte und Konsequenzen daraus ziehe. Ob und wie sich das Kirchenvolk unter der Diktatur verändert habe, wieweit die Säkularisierung fortgeschritten sei, wird nach Aussage des Bischofs erst jetzt sichtbar werden. Unter der künstlichen Atmosphäre der Diktatur habe man wenig erfahren können über den Gang der Geschichte, auch was den Wandel von Weltanschauung und Religion im Land selbst betrifft.

Ein dunkles Kapitel, das noch aufzuarbeiten ist

Bischof Novak, der sich im Dezember zur Eröffnung der Adveniat-Aktion in Deutschland aufhielt, rechnet damit, daß vor allem die *junge Generation* unter freiheitlicheren Lebensbedingungen kritische Fragen zum Standort der Kirche während der Diktatur stellen wird. Fragen, die Dynamit enthielten, gebe es genug. Sein Fazit: Die Bischöfe haben deutlich gesprochen, aber zu spät. Versäumnisse habe es in der *pastoralen Aktion* gegeben. Die staatliche Propaganda habe jahrelang und mit Erfolg nicht nur alle Verschleppten als Terroristen hingestellt, sondern auch deren Angehörige und die, die mit ihnen umgingen, als mutmaßliche Terroristen beargwöhnt oder sogar verfolgt. Diese raffinierte Methode habe die betroffenen Familien gänzlich isoliert: „Die Familien blieben verwaist, eingeschlossen in ihrer Traurigkeit und Todesangst; denn man wollte die, die einen Verschwundenen zu beklagen hatten, nicht kennen.“ In diese Not, meint Bischof Novak, hätte sich die Kirche mehr hineinleben müssen, „die Trauernden trösten, ihnen Unterkunft und wenn möglich Sicherheit geben und juristischen Beistand“.

Zwischen 1976 und 1978 konnten die Mütter von der Plaza de Mayo während der Vollversammlungen bei den Bischöfen vorsprechen. Außerdem gab es eine Vermittlungskommission, bestehend aus drei Bischöfen und drei Militärs, die sich mit den Problemen der Verschwundenen befaßte. Bischof Novak bezweifelt, ob das genug war. Er selbst ist in der ökumenischen Menschenrechtsbewegung MEDH tätig gewesen, und sein Amtsbruder Jaime de Nevares von Neuquén arbeitete aktiv in einer anderen Menschenrechtsorganisation mit.

Die Bischofskonferenz ließ das zu, ebenso die Gründung einer diözesanen Justitia-et-Pax-Kommission in Quilmes, zu mehr konnte sie sich nicht durchringen. Es sei bereits eine historische Tatsache, resümiert Bischof Novak: „In der Frage der Menschenrechte haben bei uns die Protestanten den Leidenden die Hand gereicht.“ Zu dem Ka-

tholiken *Adolfo Perez Esquivel*, Friedensnobelpreisträger und Leiter von „Servicio Paz y Justicia“, unterhält die Bischofskonferenz keinerlei Kontakte. Nur einzelne Bischöfe gratulierten zur Verleihung des Nobelpreises. Schwer wiege auch der Gedanke, „daß, hätten wir kräftiger eingegriffen, manches Leben noch zu retten gewesen wäre“. Bischof Novak kennt aus seiner Arbeit in der Menschenrechtsorganisation Anwälte, nicht praktizierende Christen, die sich für die Verschwundenen einsetzten und dann selbst verschwanden; ungetaufte Märtyrer mit dem rechten Sinn für Menschenwürde seien darunter. Es werde letztlich nicht schaden, wenn Licht in dieses dunkle Kapitel komme, meint der Bischof, denn die Wahrheit sei immer gesund.

Die Aufgaben werden nicht leichter

Die Diktatur hat auch in anderen Bereichen Schaden angerichtet, den kirchliche Pastoral und Caritas mittragen müssen. Zu den *Folgen des wirtschaftlichen Niedergangs* zählt die Hungersnot unter einem Teil der Bevölkerung (die Kirche unterhält sogenannte Volksküchen) und das beträchtliche Ansteigen des *Analphabetentums*. Wie viele schulpflichtige Kinder der Schule in den letzten Jahren systematisch ferngeblieben sind, durfte nicht veröffentlicht werden. Bei einer vor drei Jahren durchgeführten staatlichen Umfrage war es verboten, die tatsächliche Hauptursache für das Fernbleiben von der Schule, die wirtschaftliche Notsituation, als Grund anzugeben. Da es ohnehin zu wenig Elementarschulen gibt, sind die vorhandenen überfüllt und funktionieren zum Teil in drei

Schichten täglich zu je zwei bis drei Stunden. Übermüdete und unterernährte Kinder, ungebildet und mit niedrigem Intelligenzquotienten sind, so Bischof Novak, die traurigste Konsequenz und die Saat der Diktatur, deren ideologisches Rüstzeug, die Doktrin der nationalen Sicherheit, auch auf solche Langzeitwirkungen setze.

Innerkirchlich hat auch unter dem starken politischen Druck und der wirtschaftlichen Notlage im Volk eine Annäherung von Bischöfen und Klerus stattgefunden. Der Priesternachwuchs nimmt zu, die Zahl der Seminaristen stieg von 516 im Jahre 1976 auf 1424 im Jahre 1982. Eine Gesamtpastoral für das Volk findet in einigen Diözesen statt. Die Mehrzahl der Priester und Ordensfrauen haben die in Puebla getroffene „vorrangige Entscheidung für die Armen“ angenommen. In einigen wenigen der sechzig argentinischen Bistümer gibt es kirchliche Basisgemeinschaften. Die Bischöfe lassen das Engagement ihres Klerus zu, vorantreiben tun es nur wenige. Empfindlicher reagiert der Episkopat auf gesellschaftliche Entwicklungen, die kirchlichen Moralvorstellungen zuwiderlaufen. So argwöhnen die Bischöfe, die laizistisch geprägte Radikale Partei Alfonsíns könne darangehen, die Ehescheidung wieder einzuführen oder sogar die Abtreibungsgesetzgebung zu lockern. „Die Kirche“, so schreiben die Bischöfe in ihrer jüngsten Erklärung, „ist in der Geschichte unseres Vaterlandes immer gegenwärtig und um größere Menschlichkeit bemüht gewesen. Jetzt gibt sie durch uns der Freude Ausdruck über die Rückkehr zum Rechtsstaat...“ Leichter wird die Kirchenführung für die argentinischen Bischöfe unter einem demokratischen Regime nicht werden.

Gabriele Burchardt

Stabilität mit Fragezeichen

Kenia nach den Wahlen

Um mehr als ein Jahr vorgezogene Parlamentswahlen – so lautete das Heilmittel, das Präsident *Daniel Arap Moi* seinem Land Kenia verordnete und von dem er sich die Möglichkeit versprach, eine *loyalere und effizientere Regierung* zu schaffen, mit „neuen Köpfen für Parlament und Ministerien“ (vgl. *Le Monde*, 28. 9. 83).

Die Entscheidung, noch vor Ablauf der Legislaturperiode Neuwahlen anzusetzen, traf Präsident Moi am 17. Mai dieses Jahres. Mit dieser Ankündigung unterstrich er seine Entschlossenheit, die von „böartigen Leuten“ verursachten Mißstände in der Regierung zu beheben. Erstmals am 8. Mai hatte der Präsident öffentlich von einem „Komplot“ gesprochen, in das „ausländische Mächte“ und „eine bestimmte Person“ in Kenia verwickelt seien. Moi beließ es zunächst bei allgemein gehaltenen Bemerkungen über die enttäuschenden Leistungen einiger Minister und Funktionsträger im Staatsdienst. Bis zum Wahltag versprach er, den Staatsdienst einer gründlichen Säuberung

zu unterziehen, und begann damit, indem er den Minister für Verfassungsfragen, *Charles Njonjo* entließ.

Inzwischen, nach der Wahl vom 26. September, stellt sich die Frage, inwieweit die Brandmarkung des früher sehr angesehenen und heute noch beliebten Njonjo nicht Moi selbst schaden wird. Denn die von Moi erwartete „Abrechnung“ mit Njonjo fand nicht statt: „In Njonjos Wahlkreis gewann mit schon unanständig hoher Mehrheit ein Njonjo-Anhänger, ... höchstens zwei der ‚durchgefallenen‘ Minister hatten ihm besonders nahe gestanden“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30. 9. 83).

Aber damit nicht genug: Von einer Abwahl zahlreicher der bisherigen Abgeordneten, wie Moi es gewünscht hatte, kann keine Rede sein, zwei Drittel der 153 Abgeordneten und 19 der 23 Minister wurden bestätigt, ebenso drei Viertel der mehr als 50 stellvertretenden Minister. Ohnehin war das Interesse der insgesamt 7,2 Millionen Wahlberechtigten vergleichsweise gering: hatte die *Wahl-*